

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Andrea Lederer und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**

zur Aussprache zur aktuellen Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien und Haltung der Bundesregierung zu Einsätzen von Einheiten der Bundeswehr

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. die im Rahmen der WEU und der NATO zur Überwachung des Embargos gegen Jugoslawien in der Adria eingesetzten Angehörigen der Bundeswehr unverzüglich abzuziehen und in die Bundesrepublik Deutschland zurückzubeordern,
2. die Visumpflicht für Bürger aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien umgehend aufzuheben,
3. sofort sämtliche Kriegsflüchtlinge aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, die dies wünschen, in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen,
4. zivilen Hilfsorganisationen Transportmittel jeder Art zur Verfügung zu stellen, damit Kriegsflüchtlinge aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien unverzüglich in die Bundesrepublik Deutschland oder andere zur Aufnahme bereite Staaten gebracht werden können.

Bonn, den 19. Juli 1992

Andrea Lederer
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die „Überwachung“ des Embargos gegen Jugoslawien durch NATO und WEU ist Vorstufe einer Blockade und militärische Drohgebärde. Sie leistet damit keinen Beitrag zur Beruhigung der Situation im Kriegsgebiet, sondern fordert möglicherweise eine weitere Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen heraus. Überdies ist ihr Nutzen für die vom Krieg betroffenen Menschen gleich Null.

Die Bundesrepublik Deutschland ist von keiner Seite dazu aufgefordert worden, sich mit militärischen Mitteln in Konflikte in Europa oder anderswo einzuschalten. Ihre Außenpolitik sollte ausschließlich durch friedliche Mittel gestaltet werden.

Hinzu kommt, daß die „Überwachungs“-Aktion weder durch den NATO-Vertrag noch durch den WEU-Vertrag noch durch das Grundgesetz gedeckt ist. Die Beteiligung von Bundeswehrsoldaten an der „Überwachung“ erfolgt denn auch in erster Linie unter dem Gesichtspunkt, eine Beteiligung von Bundeswehrsoldaten an militärischen Interventionen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und der NATO-Staaten politisch durchzusetzen, moralisch zu legitimieren und die grundgesetzlichen Bestimmungen dahin gehend durch praktische Schritte auszuhöhlen.

Anzustreben wäre hingegen eine erhebliche Verstärkung des humanitären Engagements der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den vom Krieg betroffenen Menschen im ehemaligen Jugoslawien. Erste und unter humanitären Gesichtspunkten selbstverständliche Maßnahmen stellen die sofortige Aufhebung der unmenschlichen Visumpflicht sowie die Aufnahme von jugoslawischen Kriegsflüchtlings in der Bundesrepublik Deutschland dar.

Darüber hinaus sollte die Bundesrepublik Deutschland den vielfältig erklärten friedenspolitischen Willen dadurch in die Tat umsetzen, daß sie in umfangreicher Weise zivile Hilfsorganisationen dabei unterstützt, Kriegsflüchtlinge und Verletzte zu evakuieren.